

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 1. Sitzung

Dienstag, 19. März 2024, 19:30 Uhr
Kunsthaus Interlaken

Vorsitz Liechti Anja, SP
Stimmen-
zählende Thali Irene, SP
Trafelet Michelle, FDP

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
FDP	Rüegger Roger, Boss Pia, Chevrolet André, Michel Paul, Fuchs Oliver, Daumüller Fredi	
SVP	von Allmen Marcel, Roth Andreas, Schenk Daniel, Nyffeler Christian, Häslar Erich, Bozic Marko, Wanner Stefan	
SP	Simmler Dorothea, Simmler Florian, Holzer Jürg, Aulbach Adrian	
GLP	Nyffeler-Lanker Manuela, Zürcher Ueli, Frederiksen Lars, Foiera-Brönnimann Franziska, Käser-Klossner Christine	
Grüne	Hänggi Sandra	von Hintzenstern Susanne
EVP	Amacher Sabrina, Balmer Marlis	
EDU	Reichen Josia	
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA	Hashimi Diana, Kyburz Kevin	
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Boss Kaspar, Betschart Christoph, Christ Franz, Fuchs Nils, Michel Peter, Ritschard Andreas	
Protokoll	Iseli Barbara	

Traktanden

1. Protokoll
2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission nach den Artikeln 28 und 29 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats
3. Verwaltungsbericht 2023
4. Schulhaus Alpenstrasse Nord, Erneuerung Beleuchtung und Schalldämmung, Verpflichtungskredit
5. Motion Fuchs/Trafelet, Machbarkeits- und Bedarfsanalyse Sport- und Freizeitzentrum Jungfrau Region, Beantwortung
6. Motion Trafelet/Daumüller, Motion zur gewerblichen touristischen Vermietung, Begründung
7. Orientierungen/Verschiedenes

Kunst im Kunsthaus – *Ratspräsidentin Anja Liechti* dankt Timon Lumière am Klavier für das Eröffnungstück "Medusa".

Ratspräsidentin Anja Liechti begrüsst alle zur ersten Sitzung des Jahres, namentlich das neue Ratsmitglied Marlis Balmer (EVP), Nachfolgerin von Andreas Dummermuth, sowie Kevin Kyburz als neuen Vertreter des Jugendparlaments Berner Oberland.

Antrittsrede der neuen Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Anja Liechti zitiert den Dalai Lama: "Eine Voraussetzung für den Frieden ist der Respekt vor dem Anderssein und vor der Vielfältigkeit des Lebens." Wir würden in einer Zeit der Gegensätze leben, die Meinungen würden immer extremer und bewegten sich auseinander, anstatt einen gemeinsamen Weg zu finden. Es sei fast als sei jedes Thema ein Wettkampf, bei dem es darum gehe, die andere Seite zu besiegen. Sei es Kommerz gegen Umwelt, traditionelle Werte gegen Neues, jung gegen alt oder links gegen rechts. Viel zu häufig gingen wir den Weg des höchsten Widerstands, anstatt gemeinsame Lösungen zu finden und die individuellen Eigenschaften von allen zu nutzen und das Beste herauszuholen. Unsere Gesellschaft sei ein Organismus, der jede und jeden brauche. Wenn wir uns quer stellten, würden wir uns selber schaden. Respekt haben, einander zu verstehen versuchen und bei Konflikten Lösungen zu finden seien für sie grundsätzliche Leitbilder, die das kommende Jahr begleiten sollten. Es könnte nämlich so einfach sein.

1 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Die Parteizugehörigkeit von Christian Nyffeler, SVP, wird korrigiert.

Das Protokoll der 7. Sitzung vom Dienstag, 12. Dezember 2023, wird genehmigt.

2 B3.01.5 Geschäftsprüfungskommission

Bericht der Geschäftsprüfungskommission nach den Artikeln 28 und 29 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats

GPK-Präsident Andreas Roth erläutert, dass die GPK diesmal nur einen Bereich und die Gemeindschreiberei untersucht habe. Sonst kämen die Bereiche allzu häufig an die Reihe. Der Bericht liege schriftlich vor.

Florian Simmler dankt der GPK und erkundigt sich bezüglich Abfallsünder im Bereich Airbnb – es heisse im Bericht, es sei sehr mühsam und die Situation sei nicht in den Griff zu kriegen.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss antwortet in Absprache mit Andreas Michel, das Hauptproblem sei, dass, wenn die Gemeinde einen Sünder büssen wolle, man dem Sünder seine Sünde unmittelbar nachweisen können müsse. D.h., der Abfallsack müsste dem Sünder direkt zugeordnet werden können, z.B. durch einen adressierten Umschlag. Das komme bei Airbnb-Gästen kaum vor. Wenn man einen Abfallsack nicht direkt einer Person zuweisen könne, dürfe man nicht büssen. Man dürfe nicht den Vermieter büssen. Man dürfe aus Datenschutzgründen auch nicht nachfragen, wer die Wohnungen betreibe. D.h., man müsse aktiv nach Inhalten suchen. Der Werkhof habe letztes Jahr 100 Säcke geöffnet und keinen einzigen rückverfolgbaren Hinweis gefunden.

Das zweite Problem sei ein Handling-Problem, was den Vermietern klar gemacht werden müsste. Oft würden die Vermieter in Überbauungen mit Containern schwarze Abfallsäcke zur Verfügung stellen; sie müssten aber auch informieren, dass diese zwingend im Container entsorgt werden müssten und nicht wie die Zahlsäcke an die Strasse gestellt werden dürften. Dieses Problem könne man über die Kommunikation mit den Vermietern angehen.

3 V4.B Statistiken, Verzeichnisse (Verwaltung, Organisation)

Verwaltungsbericht 2023

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Jürg Holzer für die SP/Grüne, Josia Reichen für die SVP/EDU, Sabrina Amacher für die GLP/EVP und Oliver Fuchs für die FDP danken für den ausführlichen Verwaltungsbericht und den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung und äussern sich zusätzlich zu folgenden Punkten:

- *Jürg Holzer*: Vielleicht könnte der Bericht etwas kürzer gefasst werden.
- *Sabrina Amacher*: Danke an alle, die den Tagesschulbetrieb aufrechterhalten haben. Gebe es noch einen Tag der offenen Tür? Das würde die Bevölkerung interessieren. Weiter stehe im GPK-Bericht, dass der Fachbereich Infrastruktur genügend Personal habe – wieso seien gewisse Mitarbeiter bei der Abfallentsorgung nur befristet angestellt? Bei der Ortsplanungsrevision möchten sie wissen, wann die nichtständige Kommission Langsamverkehr einberufen worden sei und wie sie zusammengesetzt sei. Und könne die Kommission für Kultur und Freizeit auch selbstständig, ohne Gesuch eines Vereins, Spenden sprechen, wenn das Budget nicht ausgeschöpft sei?
 - *Vizegemeindepräsident Kaspar Boss* antwortet zum Personal im Werkhof, es gebe immer einen gewissen Personalpool, der befristet angestellt sei. Damit könnten saisonale Spitzen abgefangen werden. Vielfach sei es auch im Interesse der Mitarbeitenden, die neben diesen Teilzeitpensen anderen Tätigkeiten nachgehen würden. Einen Engpass habe es gegeben, als zusätzlich zu einer Person im Stammpool der Aushilfen noch ein Springer ausgefallen sei. Solche kurzfristigen Personalausfälle könnten in der Personalplanung nicht abgedeckt werden. Im Grundsatz sei der Werkhof gut aufgestellt, wie im GPK-Bericht dargestellt – der Verwaltungsbericht zeige die Situation zum Zeitpunkt des Personalengpasses während jener Spitzentage. Es könne Personalausfälle geben, die man bestmöglich zu überbrücken versuchen müsse. Die befristeten Verträge seien vielfach anstellungsbedingt und situationsbedingt.
 - *Gemeinderat Andreas Ritschard* erklärt, dass in der Tagesschule kein Tag der offenen Tür geplant sei und ein solcher auch nicht im Budget sei.
 - *Gemeinderat Peter Michel* schildert, dass die Kommission Langsamverkehr zusammengesetzt sei aus Ecoptima als begleitendem Hilfsorgan, dem Bauinspektor, einem Mitarbeiter des Polizeiinspektorats, dem Leiter Bereich Infrastruktur sowie Vizegemeindepräsident Kaspar Boss und Gemeinderat Peter Michel.
 - *Gemeinderat Andreas Ritschard* berichtet, dass die Kommission für Kultur und Freizeit nur Gesuche beurteile und Beiträge eher zurückhaltend spreche, oft mit Kürzungen. Das Budget werde nicht einfach ausgeschöpft.
- *Oliver Fuchs* dankt dem Gemeindepräsidenten für die Führung der Gemeindeverwaltung und streicht positiv hervor, dass die Schulden leicht verringert werden konnten, die Steuererträge über dem Budget lagen, das RZI abgelöst werde und Interlaken weiter wachse – das einzige weniger erfreuliche sei die leicht tiefere Anwesenheit bei den GGR-Sitzungen.
 - *Gemeindepräsident Philippe Ritschard* gibt die Lorbeeren für die Ablösung des RZI an Gemeinderat Christoph Betschart weiter.

4 L3.05.3 Schulhaus Alpenstrasse Nord

Schulhaus Alpenstrasse Nord, Erneuerung Beleuchtung und Schalldämmung, Verpflichtungskredit

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen. Ihre Frage wurde beantwortet.

Gemeinderat Franz Christ erläutert, dass seit dem Bau des Schulhauses in den 1960er Jahren in den Klassenzimmern keine nennenswerten Erneuerungen stattgefunden hätten und diese den heutigen Bedürfnissen nicht mehr genügten. Im Sommer 2021 sei ein Musterzimmer erstellt worden, und der Praxistest sei positiv ausgefallen. Die Realisierung sei vom GGR aufgrund der angespannten Finanzlage zurückgestellt und vom Bereich Bildung ins Jahr 2025 verschoben worden. Der kontinuierliche Erneuerungsplan der Schulliegenschaften erfordere insbesondere wegen der Beleuchtung eine zeitnahe Umsetzung. Seit Herbst 2023 gebe es keine gleichwertigen FL-Röhren mehr. Und mit Flickwerk habe man bei der Raumakustik noch nichts gewonnen. Franz Christ zeigt einige Fotos der bisherigen Zimmer und des Musterzimmers. Zur KNX-Steuerung erzählt er, dass beim Umbau des Westschulhauses darauf verzichtet wurde, mit dem Argument, die Lehrer könnten das. Es habe dann Telefonanrufe gegeben, wieso das

Licht noch brenne. Mit KNX werde das Licht automatisch ausgeschaltet, wenn sich im Zimmer länger niemand mehr bewege. Für 7'000 Franken auf den Gesamtbetrag sei das eine sinnvolle Einrichtung. Bei der Tagesschule sei das System eingebaut worden und funktioniere einwandfrei.

2021 sei das Musterzimmer für 37'000 Franken gebaut und für alle Zimmer 470'000 Franken veranschlagt worden. Aufgrund der Teuerung werde nun ein Nachkredit von 500'000 Franken beantragt. Die Folgekosten würden durchschnittlich auf die Abschreibungsdauer eine Zimmerrenovation pro Jahr betragen. Es sei sinnvoll, alles auf einmal zu machen. Danach könne man sich weiteren dringenden Sachen zuwenden. Im Investitionsplan sei aufgelistet, was anstehe. Was irgendwann gemacht werden müsse, solle nicht weiter verschoben werden.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Ueli Zürcher führt aus, dass für die GLP/EVP schon beim letzten Mal klar gewesen sei, dass dem Geschäft zugestimmt werden müsse. Die Beleuchtung müsse ersetzt werden und die Schalldämmung sei seit langem ein Thema. Es sei klar, dass bei einem Haus aus den 1960er Jahren etwas gemacht werden müsse. Sie würden dem Antrag zustimmen.

Daniel Schenk erklärt, dass die SVP/EDU es anders sehe. Die Finanzen der Gemeinde seien schlecht. Es gebe zwar eine positive Entwicklung, trotzdem sei eine halbe Million viel Geld, wenn man schon 30 Millionen Schulden habe. Sie würden sich in der Fraktion immer die Frage stellen, ob es ein Muss sei oder Nice-to-have. Es sei nicht ein Sparen auf Teufel komm raus, sondern die Frage, ob jetzt der richtige Zeitpunkt sei. Das sei eine politische Frage, die man hier diskutieren müsse. Für sie sei es viel Geld – der Unterricht könne auch ohne dies weitergeführt werden. Aus ihrer Sicht liege es wegen des Geldes momentan nicht drin. Die Fraktion sei deshalb grossmehrheitlich dagegen.

Adrian Aulbach legt dar, die SP/Grüne fänden es grundsätzlich gut, smarte Lösungen einzusetzen wie die KNX-Steuerung, mit der das Licht am Abend selbst abstelle, dimmbar sei und sich dem Bedarf anpasse. So werde nicht unnötig Energie verbraucht und nicht unnötig Kosten verursacht. Nach seiner Rechnung würden gegenüber den Leuchtstoffröhren pro Röhre ca. 10 Franken pro Jahr Stromkosten gespart. Klar seien die Installationskosten ein wesentlicher Punkt, und die Lärmdämmung sei auch noch ein Teil des Projekts, aber die Beleuchtung würde sich über ihre Lebensdauer mehr als amortisieren. Der beste Zeitpunkt wäre bei der letzten Traktandierung gewesen, seither sei es teurer geworden, und es werde kaum in absehbarer Zeit billiger, wenn man jetzt warte. Für die Fraktion SP/Grüne sei klar, dass man es jetzt machen müsse.

André Chevrolet erläutert, grundsätzlich sei schon beim letzten Mal klar gewesen, dass, wenn man den Wunsch habe und das Bedürfnis bestehe, die Investition schon damals richtig gewesen wäre. Damals habe das Parlament das Geschäft grossmehrheitlich abgelehnt, mit dem Warnfinger betreffend Finanzen. Es gebe zu diesem Geschäft keine neuen Argumente. Man müsse sich die Frage stellen, ob es wirklich dringend sei. Der neue Finanzplan gehe von einer Steuererhöhung aus – deshalb könne es nicht im Interesse einer Partei sein, die sich vorwiegend um wirtschaftliche Anliegen kümmere. Die Steuererhöhung im Hintergrund sei in den letzten Finanzverpflichtungsgeschäften immer ein Thema gewesen. Und er habe seit Jahren immer wieder die Frage gestellt, ob es die richtige Investition sei. Auch wenn die Voten der Vorredner korrekt seien, man sei an der Schwelle eines Verteilkampfs. Die Kreditbegehren, die in den nächsten Sitzungen auf den Rat zukommen würden, würden höhere Beträge sein, und da müsse sich jede Partei und jedes Ratsmitglied Gedanken machen, ob es die richtige Investition sei. Sei dies allenfalls ein neues Kehrlichfahrzeug oder dieses Schulzimmer. Nicht, dass es keine sinnvolle Investition wäre, sondern allein aus dem Gedanken, ob die Finanzverträglichkeit gegeben sei. Und da sage er nein. Es gebe einen Verteilkampf, und deshalb könne er dem Geschäft aus Finanzüberlegungen nicht zustimmen, auch wenn es aus der Infrastrukturaufgabe her verschiedene Gründe dafür gebe.

Sabrina Amacher erklärt, sie verstehe zwar das finanzielle Argument, aber der Rat müsse auch bedenken, dass dort x 100 Kinder zur Schule gingen und es der Arbeitsplatz zahlreicher Lehrer sei. Sie habe letzthin bei einem Elterngespräch erlebt, wie stark es in den Schulzimmern halle. Sie denke auch an die Kinder mit gewissen Beeinträchtigungen, die den Lärm nicht ausblenden könnten. Wenn es so stark

halle, sei es für diese Kinder noch viel schlimmer. Sie möchte, dass die Ratsmitglieder auch dies berücksichtigen und nicht nur ans Geld denken würden.

Adrian Aulbach entgegnet André Chevrolet, es sei legitim, auf die Finanzen zu achten, man müsse aber auch langfristig denken. Das Geschäft würde sich amortisieren. Es lohne sich, nicht länger zuzuwarten. Zudem könne sich ein guter Bildungsstandort langfristig auch positiv auf den Steuerertrag auswirken, wenn man etwas lerne in der Schule und nicht unter dem Lärm leide.

Erich Häsler erzählt, er sei dort fünf Jahre zur Schule gegangen und habe nicht nichts gelernt. Die Zimmer seien damals modern gebaut worden und es gebe schon Schallschutzdämmungen an der Seitenwand vis-à-vis der Fenster. Entsprechend sei für ihn das Argument der Wichtigkeit nicht gegeben.

Andreas Roth (spricht als Mitglied der SVP, nicht für die GPK) erwähnt in Bezug auf die KNX-Steuerung, ein Lehrer habe ihm erzählt, er sei nicht begeistert davon, er sei während der Stunde oft damit beschäftigt, die Automatik manuell zu übersteuern, da es entweder zu hell oder zu dunkel sei. Hier sei dargestellt worden, dass es super sei, wenn es automatisch funktioniere. Er sei da nicht sicher. Er bitte auch das zu berücksichtigen.

Gemeinderat Franz Christ möchte einige Antworten geben: Man solle das Kehrriechtfahrzeug nicht gegen ein Schulzimmer ausspielen. Das Kehrriechtfahrzeug sei gebührenfinanziert und könne nicht gebraucht werden, um hier eine Knappheit zu erzeugen. Die Notwendigkeit könne man individuell beurteilen, aber man müsse auch berücksichtigen, wie lange die Schulzimmer so schon in Betrieb seien. Man müsse sich überlegen, ob man für die Zukunft aufgestauten Unterhalt produzieren wolle. Falls der GGR ablehnen sollte, möchte er wissen, wann dann der richtige Zeitpunkt wäre, das Geschäft wieder vorzulegen. Die Zimmer würden langfristig gebraucht, und die Erneuerung liegen zu lassen, weil es gerade kurzfristig nicht opportun scheine, dünke ihn nicht die richtige Lösung. Die Gemeinde habe viele Liegenschaften mit Unterhaltsbedarf, da müsse man kontinuierlich dran bleiben. Wer eine Liegenschaft habe wisse, dass diese immer kosteten, man müsse dran bleiben und nicht warten, bis alles auf ein Mal anstehe.

Erich Häsler ergänzt, dass sie (der Jahrgang 1964) 28 Kinder in der Klasse waren und auch schon Gruppenarbeiten hatten. Das Argument der Akustik sei an den Haaren herbeigezogen.

Beschluss:

Für die Erneuerung der Beleuchtung und Schalldämmung der Schulzimmer im Schulhaus Alpenstrasse Nord wird ein Verpflichtungskredit von CHF 500'000.00 bewilligt.

(mit 14 zu 14 Stimmen und Stichentscheid der Ratspräsidentin)

5 B3.01.3.1 Motionen

Motion Fuchs/Trafelet, Machbarkeits- und Bedarfsanalyse Sport- und Freizeitzentrum Jungfrau Region, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderat Franz Christ führt aus, auch das Bödelibad und die Eissporthalle seien in die Jahre gekommen. Es habe sich gezeigt, dass das Eissportzentrum den Bürgern am Herzen liege. Auch beim Bödelibad dürfte der Nutzen erkannt werden. Längerfristig möchte man die Anlagen erhalten oder mindestens gleichwertigen Ersatz. Aus diesem Grund hätten Oliver Fuchs und Michelle Trafelet diese umfangreiche Motion eingereicht. Der Gemeinderat habe sich damit auseinandergesetzt. Dem Sanierungsprojekt Eissportzentrum Jungfrau hätten nun alle Gemeinden zugestimmt und die Investitionsbeiträge würden gesprochen. Beim Bödelibad sollte in diesem Jahr ein Sanierungsprojekt vorgelegt werden – da könne man bei gewissen Sachen von Nice-to-have sprechen.

Die Motion greife eigentlich ein gutes Thema auf. Es sei aber ein Riesenprojekt, wenn man alles unter einen Hut bringen möchte. Da gebe es gewisse Probleme. Er verweist auf die Projektierung der Aula, die zu einem Wunschkonzert ohne Ende geworden sei mit einem Preisschild zum Fürchten, und am Schluss habe man es für eine halbe Million schubladiert. Das solle sich nicht wiederholen. Deshalb habe der Gemeinderat einen Vorschlag. Es seien verschiedene private Studien zu dieser Idee gemacht worden. Zum Beispiel die Studie Dreamland, mit Wellenpark etc. (Standort unbekannt). Sie hätten überlegt, wie mache man eine Bedarfsanalyse, wo könnte der Standort sein, wer wäre daran interessiert, wer würde das bezahlen. Es sei schon schwierig, von den Gemeinden Geld zu erhalten für eine Eishalle oder ein Schwimmbad; für so ein grosses Projekt müssten sich die Geldgeber noch zeigen. Die Rahmenbedingungen, wer würde das betreiben, würde es sich überhaupt rechnen, eine Bestandserhebung und Bedarfsabklärung, es stehe in den Unterlagen. Man sei zum Schluss gekommen, dass ein solches Vorhaben nicht ein Interlakner Projekt sein könne. Die Trägerschaft müsste in ein Business-Case umgewandelt werden. Man müsste das jetzt aufgleisen, damit man bereit wäre eine neue Anlage zu beziehen, wenn Eishalle und Bödelibad das nächste Mal zu sanieren wären.

Solche Abklärungen seien eine ziemlich langwierige Sache. Die Bauverwaltung rechne mit 50'000 bis 100'000 Franken nur um den Bedarf abzuklären. Vom Bauverwalter sei der Vorschlag gekommen, mit einer Phase 0 vor der ganzen Abklärung einen Expertenworkshop einzuberufen, um mit allen Interessierten – die mit Geld, die mit Land, die möglichen Betreiber, eigentlich alle, die Spass und Nutzen in einem solchen Projekt sähen – an einen Tisch zu sitzen und zu diskutieren, ob das etwas werden könnte. Die Kosten dafür würden auf ca. 15'000 bis 20'000 Franken geschätzt. Dies sollte eine seriöse Grundlage für weitere Schritte bieten.

Der Gemeinderat empfehle den Motionären, die Motion in ein weniger verbindliches Postulat umzuwandeln. Der Gemeinderat könnte sich dann mit dem Anliegen an die Regionalkonferenz wenden, die übergeordnet ein solches Projekt an die Hand nehmen könnte.

Motionär Oliver Fuchs dankt für die detaillierten Ausführungen und für das Vorgehen des Gemeinderats, der vorgängig mit ihnen das Gespräch gesucht habe. So stelle er sich die Zusammenarbeit vor. Er und Michelle Trafelet seien einverstanden mit der Umwandlung in ein Postulat. Das sei sicher zielführend. Wichtig sei für ihn, dass er seitens Gemeinderat den Willen sehe, etwas zu unternehmen, und dass dieser das Bedürfnis erkenne. Sie seien deshalb der Meinung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt werden könne. Er hoffe, dass der Gemeinderat das Projekt mit dem gleichen Elan weiterführe, so dass vielleicht einmal seine Enkel dort baden gehen könnten.

Adrian Aulbach begrüsst den Versuch, Synergien zu finden und zu nutzen. Für ihn sei auch das Kunsthaus so ein Thema gewesen, in Verbindung mit dem Haus der Musik und der Aula. Er fände es sehr gut, etwas Grosses zu planen. Der GGR solle aber nicht nur die Planung anstossen, sondern müsse dann auch den Mut haben, ein solches sehr grosses und sehr teures Projekt umzusetzen. Das werde dann der Fall sein, wenn eines der Puzzleteile, die man zusammenlegen wolle, fällig sei. Dann habe man nicht zwingend die Kontrolle, ob es ein günstiger Zeitpunkt sei oder nicht. Die SP/Grüne begrüsst die Umwandlung in ein Postulat und könnten es in dieser Form zur Annahme empfehlen.

Adrian Aulbach möchte noch einen Vorschlag zum Bödelibad anbringen: Könnte dieses nicht in einen Verbund übertragen werden? Es könne auch die gleiche Trägerschaft sein, die sich einem Verbund anschliesse. Er denke zum Beispiel an das Hallenbad in Oberhofen, das einem nationalen Verbund angehöre. So könnten Leute mit einem Fitnessabo in Zürich ein Wochenende in Oberhofen verbringen und dort ins Bad und hätten Wellness schon drin. Für ihn wäre das prüfenswert. Zum einen wäre es ein Mehrwert für die Leute, die hier wohnten, aber nach Bern oder weiter pendelten und dort über Mittag oder am Abend ins Fitness möchten, aber am Wochenende hier in die Badi. Gleichzeitig hätte es Potenzial, Touristen aus dem Inland für ein Wochenende nach Interlaken zu ziehen, wenn sie wüssten, dass sie in Interlaken ins Hotel könnten und Wellness mit ihrem Fitnessabo schon bezahlt hätten. Die vorliegende Motion biete die Gelegenheit, dies vorzubringen, ohne selber eine Motion einzureichen. Da es, weil gemeindeübergreifend, auch nicht wirklich in eine Motion oder Postulat passe.

Beschluss:

Das Postulat Fuchs/Trafelet, Machbarkeits- und Bedarfsanalyse Sport- und Freizeitzentrum Jungfrau Region, wird erheblich erklärt.

(einstimmig)

6 B3.01.3.1 Motionen

Motion Trafelet/Daumüller, Motion zur gewerblichen touristischen Vermietung, Begründung

Motionärin Michelle Trafelet erklärt, im Anzeiger dominiere aktuell ein Bild: verschiedene Umnutzungsgesuche. Sie hätten das mittlerweile in der Fraktion diskutiert und Philippe Ritschard habe erklärt, sehr viele Gesuche seien eigentlich nachträglich. Deshalb sei die Situation nicht ganz so dramatisch. Auf der anderen Seite würden doch relativ viele neue Umnutzungen publiziert, wo Wohnraum verloren gehe. Im Gegenzug sehe man auf den sozialen Medien immer wieder Gesuche nach Wohnungen, oft von jungen Familien, die eine Wohnung suchten und keine fänden.

Im Gegensatz zu den Umnutzungsgesuchen schein die Prozentzahl der Zweitwohnungen in der Gemeinde zu stagnieren. Im aktuellen Medienbericht stehe 13-14%, beim letzten Mal habe es geheissen 16% – irgendwo gehe ihnen hier die Zahl nicht ganz auf. Eine weitere Problematik sei, dass es seit einigen Jahren Pflicht wäre, dass die gewerblich vermieteten Ferienwohnungen mit einem TOI-Signet gekennzeichnet sein müssten. Trotzdem sehe man nicht überall, wo Touristen mit Koffern hineingingen, die entsprechenden Schilder. Auch hier sei man offenbar im Rückstand.

In der TOI-Versammlung konnte die Frage, wie viele Kurtaxen aus der Vermietung von Ferienwohnungen via Buchungsplattformen wie Airbnb generiert würden, nicht beantwortet werden.

Insgesamt seien sie der Auffassung, dass es diverse offene Fragen gebe, und hätten deshalb die Motion eingereicht. Sie möchten wissen, ob alle Ferienwohnungen, die gewerblich vermietet würden, auch als solche bewilligt seien oder ob es noch Wohnungen gebe, die ohne entsprechende Bewilligung vermietet würden. Würden die Steuern und Kurtaxen ordnungsgemäss abgerechnet? Würden zum Beispiel auch die Steuern von ausländischen Grundeigentümern und Vermietern ordnungsgemäss abgerechnet? Eine Erhebung dieser Zahlen sei sicher sehr aufwändig, und vermutlich brauche es auch eine zusätzliche Stelle. Sie seien jedoch überzeugt, dass der Stelleninhaber sich den Lohn eigentlich selbst verdienen würde, da man wohl diverse Einnahmen generieren könne.

Nicht zuletzt sei es für sie auch eine Frage der Wettbewerbsgerechtigkeit. Die Hotels würden die Kurtaxen und Steuern korrekt abrechnen und müssten bauliche und andere Auflagen erfüllen. Sie seien der Überzeugung, dass es richtig wäre, dass private Vermieter dieselben Auflagen erfüllen müssten. Bzw., dass sie die Auflagen, die sie baulich erfüllen müssten, wie Brandschutzvorschriften etc., auch tatsächlich erfüllen würden und dies kontrolliert werde. Damit man hier eine bessere Wettbewerbsgerechtigkeit schaffen könne.

Relevant für sie sei insbesondere auch, dass, wenn man wirklich noch zusätzliche Steuern generieren könnte, man allenfalls die geplante Steuererhöhung, die im Finanzplan enthalten sei, unter Umständen umgehen könnte. Ihre Idee sei, dass man die Zahlen, die man bei den Plattformen einkaufen könne, einkaufe, und die entsprechenden Kontrollen durchführe.

7 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Kenntnisnahme von Abrechnungen

G-Nr. 9691

Öffentlicher Spielplatz Westquartier (Gemeinderat vom 07.02.2024)

Bewilligte Kreditsumme	GR	23.01.2019	CHF	25'000.00
	GGR	24.08.2021	CHF	275'000.00
Total bewilligte Kreditsumme			CHF	300'000.00

Bruttoinvestitionen oder Investitionsbeitrag	CHF	305'214.10
Kreditüberschreitung	CHF	5'214.10

Bemerkungen:

Beiträge von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck CHF 4'000.00. Unter Berücksichtigung der Spende reduziert sich die Kostenüberschreitung auf CHF 1'214.10 (0.4% des Gesamtkredits).

G-Nr. 2052

Sanierung Wasserstein Ostbahnhofplatz (Gemeinderat vom 07.02.2024)

Bewilligte Kreditsumme	GR	21.08.2019	CHF	20'000.00
	GGR	10.12.2019	CHF	400'000.00
	GGR	24.08.2021	CHF	350'000.00
Total bewilligte Kreditsumme			CHF	770'000.00

Bruttoinvestitionen oder Investitionsbeitrag	CHF	786'280.00
Kreditüberschreitung	CHF	16'280.00

Bemerkungen:

Gegen die Arbeitsvergabe der Natursteinarbeiten wurde Beschwerde erhoben. Während des Beschwerdeverfahrens wurde der Wasserstein mit einer Zwischennutzung belebt. Zusätzliche Kosten für das Beschwerdeverfahren CHF 10'141.60, für die Zwischennutzung CHF 11'052.40.

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

Gemeindepräsident Philippe Ritschard informiert über die Medieninformation der vergangenen Woche zur Frage der Zweitwohnungen; die GGR-Mitglieder hätten die Medienmitteilung erhalten. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass es eine gewisse Problematik gebe und das Thema in der Bevölkerung Sorge bereite. Der Gemeinderat habe bereits im letzten August einen Ausschuss gebildet, bestehend aus dem Gemeindepräsidenten, dem Vizegemeindepräsidenten Kaspar Boss, dem Ressortvorsteher Sicherheit Peter Michel und dem Ressortchef Hochbau Franz Christ, verstärkt mit dem Bauverwalter und der für die Publikationen und Bewilligungsverfahren zuständigen Sachbearbeiterin der Bauverwaltung sowie mit der Firma ecoptima, die sie in planungsrechtlichen Aspekten unterstütze, da es ein sehr komplexes Thema sei. Sie hätten verschiedene Fragen prüfen lassen – könne man wieder eine Planungszone machen zum gleichen Thema wie vor kurzem abgeschlossen, könne man den Erstwohnungsanteil tiefer ansetzen als national vorgesehen, könnten die Erstwohnungsanteile in den verschiedenen Zonen angepasst werden, könne eine Lenkungsabgabe eingeführt werden, könne eine Wohnsitzpflicht für die Vermietenden eingeführt werden oder die Pflicht, einen Parkplatz zur Verfügung zu stellen. Sie hätten gemerkt, dass es grosse rechtliche Hindernisse gebe, aufgrund der Maxime der Planbeständigkeit, da Interlaken erst vor kurzem Regeln eingeführt habe. Interlaken sei die erste Gemeinde auf dem Bördeli, die diese Regeln eingeführt habe, im Rahmen der Planungszone, die man erarbeitet habe. Er präzisiert zu den nachträglichen Baupublikationen, dass früher kein Baugesuch eingereicht werden musste, weil es nicht bewilligungspflichtig war. Diese würden nun aufgearbeitet. Deshalb stehe das Wort "nachträglich" nicht in der Publikation.

Der Ausschuss habe gesehen, dass gewisse Sachen nur mittel- und längerfristig umgesetzt werden könnten. Ihnen sei wichtig gewesen, möglichst schnell eine Lösung zu finden. Die Lösungen würden sich nun vor allem auf die qualitativen Aspekte fokussieren. Es gehe um Sachen, die vorhin auch von Michelle Trafelet bezüglich ihrer Motion angesprochen worden seien. Das ganze Abrechnungswesen, aber auch die Qualität der Angebote. Dass es zum Beispiel nicht umgebaute Nebenräume gebe mit improvisierten Installationen, die relativ teuer vermietet würden und so rufschädigende Auswirkungen hätten. Es gehe auch darum, in etwa gleich lange Spiesse zu haben mit den verschiedenen Beherbergungsformen, und dass die nötigen Kontrollen konsequenter durchgeführt würden als bisher. Die Arbeiten, die der Ausschuss nun weiterführe, seien die Vertiefung und die Zusammenarbeit mit der Tourismus-Organisation Interlaken und den Gemeinden im Vereinsgebiet der TOI, Unterseen, Matten, Wilderswil, Gsteigwiler und

Saxeten, die einbezogen würden, damit es einigermaßen einheitlich gehandhabt werde. Das sei die aktuelle Situation. Der Gemeinderat werde selbstverständlich in diese Richtung weiterarbeiten. Das Problem sei, dass gewisse Sachen nicht durchführbar seien. Die Wohnsitzpflicht zum Beispiel verstosse gegen die Aufenthaltsfreiheit, eine Parkplatzpflicht wäre schwierig zu realisieren, da es im Zentrum wenig Plätze gebe, die Erstwohnungsanteile könnten im Sinne der Planbeständigkeit nicht beliebig angepasst werden. Man könnte aber, wenn im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine neue Zone vorgesehen werde, dort einen höheren Erstwohnungsanteil einsetzen. Was bisher gemacht wurde und jetzt auch Wirkung zeige sei, dass man bei Überbauungsordnungen und Zonen mit Planungspflicht prinzipiell einen Erstwohnungsanteil von 100% vorschreibe. Bei der IBI sei das bereits der Fall. Bei früheren Bauvorhaben, zum Beispiel der Bleikimatte, gebe es noch eine Regelung von 50% Erstwohnungsanteil. Die Gemeinde hätte gerne nur Erstwohnungen gehabt, aber leider würden nun, entgegen der Versprechungen, Plattformwohnungen eingebaut.

Fredi Daumüller fragt, wieso die Gemeinde in der Medieninformation von 13-14% Zweitwohnungen spreche. Sei man nicht sicher, wie viele Zweitwohnungen bewilligt seien? *Gemeindepräsident Philippe Ritschard* antwortet, die tiefere Zahl beziehe sich ausschliesslich auf Plattformwohnungen, die höhere sei unter Einbezug der Leerwohnungen, die keine direkte Zweckbestimmung hätten. *Fredi Daumüller* fragt nach, wie viele Wohnungen diese 13% seien. *Gemeindepräsident Philippe Ritschard* antwortet, dies seien ca. 420 Wohnungen. *Fredi Daumüller* fährt in Bezug auf die Leerwohnungsziffer von nur 1.47% fort, er hoffe nicht, dass die Gemeinde in Zukunft wieder Zweitwohnungen bewillige, man habe zu wenige Wohnungen. Der GGR habe die Standortförderung bewilligt und diese habe den Auftrag, Gewerbe und Arbeitsplätze anzusiedeln. Für diese habe man ja keine Wohnungen, wenn alles ins Airbnb gehe und es nur 1.47% Leerwohnungen gebe.

Schliesslich führt er in Bezug auf den Verwaltungsbericht aus, soweit er das verstanden habe sei bisher die Bauabteilung zuständig gewesen für die Airbnb-Problematik. Diesmal sei im Bericht nicht erwähnt, was die Bauabteilung zu Airbnb gemacht habe. Das sei sehr fragwürdig, das heisse, man habe nichts gemacht, nichts kontrolliert. Wie gesagt worden sei, hätten TOI und die Gemeinde sehr wahrscheinlich Steuern verloren, weil die Kontrolle fehlte. In der Pressemitteilung stehe nun, dass man neue Tools für eine bessere Kontrolle schaffen wolle. Er sei sehr gespannt, was das für Instrumente seien; wenn man es in den letzten Jahren nicht geschafft habe, wie sehe es dann in Zukunft aus. Zudem heisse es, die Umsetzung beginne im 3. Quartal. Man habe schon wieder ein halbes Jahr verloren mit den Kontrollen und beginne erst, wenn die Saison schon angelaufen sei. Er hoffe, dass die Gemeinde und TOI das in den Griff kriegten. Die Bevölkerung möchte mehr wissen, es sollte mehr kommuniziert werden, denn es sei unbefriedigend.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard erläutert, dass man nicht grundsätzlich gegen die Kurzzeitvermietungen sei. Das sei ein Geschäftsmodell, das dem heutigen Reiseverhalten entspreche, alternativ zu den traditionellen Beherbergungsformen. Aber man sei bestrebt, das in geordnete Bahnen zu lenken. Er betont, dass es sehr viele gute und seriöse Angebote gebe und man sich auf diejenigen konzentrieren wolle, die nicht so seriös seien. Die Umnutzungen könne man nicht verbieten, solange sie innerhalb der Prozentzahlen der Zonen seien und solange die national festgelegte Limite von 20% nicht erreicht sei. Auf die Nachfrage von *Fredi Daumüller*, ob es 3 Übernachtungen am Stück sein müssten, bestätigt *Gemeindepräsident Philippe Ritschard*, dass in den Wohnzonen die Regelung von mindestens 3 Nächten bestehe.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss ergänzt aus baulicher Sicht, man müsse trennen zwischen der Kontrolle der Kurtaxen und der baupolizeilichen Kontrolle. Die Kurtaxenkontrolle sei im Moment an TOI delegiert. Dabei gebe es gewisse Schwierigkeiten mit dem Datenschutz. Es brauche eine rechtliche Grundlage und man sei daran, diese zu erstellen. Für die baupolizeilichen Prüfungen sei die Bauverwaltung zuständig. Was *Michelle Trafelet* angesprochen habe sei eben gerade das Ergebnis davon, dass man nicht nichts mache, sondern dass eine Sachbearbeiterin praktisch nichts anderes mehr mache als nachzuprüfen, wo es noch Wohnungen geben, die nicht dem entsprächen, was sie müssten. Genau deshalb habe es so viele Umnutzungen im Anzeiger, weil man es ganz seriös angehe. Was man zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen könne, sei vor Ort die Qualität einer Wohnung zu überprüfen. Das sei aber auch keine baupolizeiliche Aufgabe. Das sei im neuen Modell zusammen mit TOI angedacht.

Weiter erklärt er, er verstehe das von Fredi Daumüller geäusserte Unverständnis zu den Zahlen. Wenn Interlaken angeblich so explodierende Airbnb-Zahlen habe und gleichzeitig einen steigenden Leerwohnungsanteil, stimme etwas im System nicht. Die Frage sei nun, stimme das System nicht oder die Wahrnehmung? Wenn man es genau anschauere sehe man, dass der Treiber für den knappen Wohnraum nicht Airbnb sei, das stabil geblieben sei, sondern dass die falschen Wohnungen gebaut worden seien, die nun leer stünden. Das Problem sei, dass über Jahre fast nur Eigentumswohnungen gebaut wurden, mit denen kurzzeitig Geld verdient werden könne. Diese hätten einen anderen Querschnitt und ein anderes Zielpublikum, als das Zielpublikum der jungen Familien, von dem heute gesprochen worden sei. Es sei wichtig, diesen Punkt zu verstehen, denn rein von den Zahlen her verstehe man es nicht. Auch sie hätten eine Weile gebraucht, die verschiedenen Statistiken zu vergleichen. Der Leerwohnungsanteil sei sogar gestiegen in dieser Zeit mit dem angeblichen Airbnb-Boom. Airbnb sei sicher ein Faktor, könne aber nicht der Treiber sein für den knappen Wohnraum. Der Grund sei vielmehr, dass in den letzten 15 Jahren zu wenig günstige Mietwohnungen gebaut worden seien und dadurch zu wenig günstige Mietwohnungen im Markt seien. Dafür gebe es verschiedene Gründe, zum Beispiel denkmalpflegerische Schwierigkeiten wie beim Zeughausareal. Oder Überbauungen, die grundsätzlich nicht für Mietwohnungen geplant wurden. Dort wohnten heute v.a. ältere Generationen, da Wohneigentum für junge Familien schwierig zu stemmen sei. Daraus müsse die Erkenntnis gezogen werden, dass neben der Optimierung der bestehenden Regelungen, im rechtlich möglichen Rahmen, auch darauf hingewirkt werden müsse, mehr Mietwohnungen im Markt zu bekommen. Da müsse man versuchen, attraktiv zu werden für diese Investoren.

Michelle Trafelet ergänzt zur Wohnsitznahme, sie sei einverstanden, dass eine grundsätzliche Wohnsitzpflicht für den Vermieter nicht zulässig sei. Zulässig wäre hingegen eine Auflage in der Bewilligung, dass jemand darin wohnen müsse, der es bewirtschaftete.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss ergänzt, dass Interlaken nicht der Lex Koller unterstellt sei. Wer in Interlaken Wohneigentum erwerben wolle, müsse entweder einen Schweizer Pass haben oder den Erstwohnsitz nach Interlaken verlegen. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden im Berner Oberland könnten Ausländer keine Immobilien zur privaten Nutzung erwerben. Entsprechend gross seien die Unterschiede zwischen den Gemeinden beim Zweitwohnungsanteil. Bei den Zweitwohnungen könne man nichts unternehmen, solange der Anteil unter 20% liege.

Neue parlamentarische Vorstösse

G-Nr. Int.2024-0058

Motion Häsler / von Allmen, Günstigere Elektrizitätsenergiepreise für Interlaken

Ratssekretärin Barbara Iseli verliest die von Erich Häsler (SVP) und Marcel von Allmen (SVP) und 16 Mitunterzeichnenden eingereichte Motion: „Günstigere Elektrizitätsenergiepreise für Interlaken“:

Interlaken ist der Hauptaktionär eines der über 600 Elektrizitätswerke in der Schweiz. Die Industriellen Betriebe Interlaken, die mehrheitlich im Besitz der Gemeinde Interlaken sind, verzeichnen im Jahr 2024 den dritthöchsten Haushaltsstrompreis in der Schweiz. Im Vergleich zu unseren benachbarten Gemeinden Bönigen, Wilderswil, Därigen usw. liegt unser Strompreis um 35,48% höher. Elektrizität als der wichtigste Energieträger der Zukunft ist in Interlaken viel zu teuer. Einwohner und KMUs zahlen in Interlaken 91,5% mehr für eine Kilowattstunde als in Zürich.

(Die Quelle dieser Vergleiche ist die Webseite der EICom. Die EICom ist die unabhängige staatliche Regulierungsbehörde im Elektrizitätsbereich.)

Der Gemeinderat von Interlaken, der als Vertreter des Eigentümers bei den Industriellen Betriebe Interlaken fungiert, wird aufgefordert:

- Alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um den Strompreis kurzfristig (ab dem 1. Januar 2025) zu senken. Es wird erwartet, dass die Elektrizitätsenergiepreise wieder konkurrenzfähig werden. Das Ziel ist es, Elektrizitätsenergiepreise zu erreichen, die mindestens so wettbewerbsfähig sind wie die Preise in unseren umliegenden Nachbargemeinden, die nicht in der Versorgung der IBI eingebunden sind.

- Da die Industriellen Betriebe viel zu wenig eigenen Strom produziert und auf den Einkauf angewiesen ist, müssen die Strukturen der IBI aktualisiert werden.
- Es ist zu prüfen, welche Optimierungen im Verwaltungsrat und in der Leitung möglich sind.

G-Nr. Int.2024-0056

Interpellation Chevrolet, Strategieüberprüfung IBI Interlaken

Ratssekretärin Barbara Iseli verliest die von André Chevrolet (FDP) eingereichte Interpellation: „Strategieüberprüfung IBI Interlaken“:

Eine Arealentwicklung und Zahlen führen dazu, dass der Interpellant André Chevrolet (FDP) einige Fragen beantwortet haben möchte über die umgewandelte IBI (2020) von einer öffentlich-rechtlichen Unternehmung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft mit dem Namen Industrielle Betriebe Interlaken (IBI) AG.

1. Die Einwohnergemeinde Interlaken ist mit 80 % Aktienkapital an der IBI AG beteiligt. Ist in nächster Zeit vorgesehen, eine Strategieüberprüfung vorzunehmen?
2. Wie stabil ist das Unternehmen IBI finanziell aufgestellt, wenn die Zahlen aus dem Jahre 2022 (zur Zeit für die Öffentlichkeit verfügbar) einen Jahresverlust von 1,98 Millionen Franken ausweisen?
3. Ist das bilanzierte Eigenkapital von rund 48 Millionen Franken genügend für die anstehenden grossen Leistungen an Unterhalt und Erneuerung?
4. Diese Fragen sind berechtigt, wurde doch an einer öffentlichen Info-Veranstaltung betr. Arealentwicklung IBI von einer Baurechtsabgabe an die Bricks AG gesprochen, wo die IBI eine Miete für Gebäulichkeiten bezahlen soll und einen Vorschuss (Darlehen) des vereinbarten Baurechtszinses von 50 Jahren erhält, um Investitionen zu tätigen.
5. Was kostete die Schiffstreppe beim Wasserkraftwerk beim Schifffahrtskanal, die ja bei der ersten Inbetriebnahme nicht funktionstüchtig war und nochmals umgebaut wurde. Was führte zu diesen teuren Fehlern?

Wortmeldungen aus dem Rat

Marcel von Allmen möchte zurückkommen auf die Antrittsrede der Ratspräsidentin und den von ihr erwähnten Respekt. Respekt sei eine Grundvoraussetzung. Seinen Respekt habe hier drin jeder. Der Respekt könne jedoch sehr schnell zusammenbrechen, wenn man ihn anlüge. Das möge er gar nicht. Im letzten GGR habe man über die Strassenputzmaschine abgestimmt. Der Gemeinderat habe sie damals angelogen. Es sei gesagt worden und so protokolliert, es gebe keinen Mietmarkt in der Schweiz. Wer in Google Strassenkehrmaschine mieten Schweiz und Elektro eingabe, bekomme mindestens vier Anbieter. Wenn man noch ein paar Telefonate führe, kämen noch ein paar dazu. Zusätzlich gebe es einen grossen Occasionsmarkt mit diversen Anbietern, die auch an einer Vermietung interessiert wären. Er appelliere daher dringendst an den Gemeinderat, ehrlich mit dem GGR zu kommunizieren, wenn er glaubwürdig bleiben wolle. Sonst hinterfrage das Parlament auf einmal jedes Votum, und das möchte niemand.

G-Nr. 10055

Anfrage Amacher, Schulleitung Primarstufe

Sabrina Amacher führt aus, dass in der Primarschule die Schulleitung für ein Jahr beurlaubt worden sei und als Stellvertretung drei Lehrerinnen diese Aufgabe übernommen hätten (Evi Romang, Letizia Müller und Lara Wüthrich). Sie dankt diesen für ihre bisherige Arbeit. Wie sie es erlebt und von Verschiedenen gehört habe, gäbe es nur Gutes zu berichten und gewisse Sachen hätten sich verbessert. Sie möchte von Andreas Ritschard wissen, wie er sicherstellen werde, dass es in Zukunft so weitergehe.

Gemeinderat Andreas Ritschard antwortet, dass das Schuljahr noch nicht zu Ende sei und die drei Stellvertreterinnen das Amt noch bis im August ausübten. Es sei nachvollziehbar, wenn man über 40 Lehrpersonen führe, dass sich auf drei Personen verteilt vielleicht ein anderes Resultat ergebe als wenn eine Person die Funktion allein ausübe. Ab dem Schuljahr 2024/2025 werde die Schulleitung der Primarstufe durch die bisherige Schulleiterin Stefanie Stanisz und die derzeitige Schulleiterin Letizia Müller geführt. Letztere mache auch die Ausbildung zur Schulleiterin. Dadurch habe man die Gewähr, dass das, was man jetzt besser machen konnte, weil man etwas mehr Zeit investieren konnte, im Positiven weitergehen sollte.

Vizegemeindepräsident Kaspar Boss entgegnet Marcel von Allmen, der Vorwurf der Lüge sei auch nicht gerade respektvoll. Im Protokoll stehe, es gebe keinen Mietmarkt – das sei richtig, aber es stehe in einem Kontext: Es gebe keinen kurzzeitigen Mietmarkt. Es sei darum gegangen, ob man eine Maschine, die ausfalle, kurzzeitig ersetzen könnte, und in diesem Zusammenhang hätten sie gesagt, das könnten sie nicht, und deshalb könne man sie nicht bis zum Anschlag fahren lassen.

Marcel von Allmen erwidert, dass es diesen Mietmarkt gebe, das habe er mehrfach abgeklärt. *Vizegemeindepräsident Kaspar Boss* hingegen erklärt, dies sei über den Werkhofchef abgeklärt worden. Dann seien sie unterschiedlicher Meinung und hätten unterschiedliche Quellen, aber er lasse sich deswegen keine Lüge unterstellen. Er bitte ihn darum seine Quellen anzugeben, wo man kurzfristig von einem Tag auf den andern eine Maschine bekommen könne.

Ratspräsidentin Anja Liechti informiert, dass die nächste Sitzung am 30. April wieder in der Aula des Gymnasiums stattfinde und der GGR-Ausflug am 12. September, und lädt ein zum Apéro.

Zum Abschluss spielt nochmals Timon Lumière.

Schluss der Sitzung: 21:15 Uhr

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Die Stimmzählerinnen